

# Allianz der Ernährungsindustrie fordert neue Prioritäten in der Energiepolitik

## Wettbewerbsfähige Strom- und Gaspreise, Reform der Netzentgelte und Berücksichtigung bei energiepolitischen Entscheidungen.

Berlin, 15. Januar 2025. Zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin hat die Verbändeallianz Energieintensive Ernährungsindustrie die Politik aufgefordert, bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit und Transformation der Ernährungswirtschaft dringend nachzubessern. Dazu zählen niedrigere Gaspreise, eine praktikable Reform der Netzentgelte, die Ausweitung der Strompreiskompensation sowie eine Priorisierung energieeffizienter Prozesswärme in der politischen Diskussion.

“Die energieintensive Ernährungsindustrie ist die Grundstoffindustrie für die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Wir sind systemrelevant und versorgen die Bevölkerung mit wichtigen Lebens- und Futtermitteln. Allein unsere Ölmühlen sind Europameister in der Verarbeitung von Ölsaaten. Dennoch finden wir in der öffentlichen Diskussion um hohe Energiepreise, Wettbewerbsnachteile und kostbare Arbeitsplätze kaum statt“, beklagt OVID-Präsidentin Jaana Kleinschmit von Lengefeld.

“Die insbesondere im europäischen Vergleich hohen Energiekosten belasten ebenso die über 220 mittelständischen Süßwarenunternehmen in Deutschland und führen zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen im Export wie auf dem heimischen Markt“, so Bastian Fassin, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie. „Um eine Verlagerung der Produktion ins Ausland zu verhindern, sind die bisherigen Kompensationen zum Schutz vor Carbon Leakage unverzichtbar. Gleichzeitig muss der dringend erforderliche Ausbau der Netzinfrastruktur vorangetrieben werden, um langfristig Stromkosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern.“

Zur Unterstreichung ihrer Forderungen hat die Allianz das Positionspapier [“Energiepolitische Prioritäten - für die Energieintensive Ernährungsindustrie”](#) vorgelegt. Darin betonen die Verbände, dass die Energiepreise am Produktionsstandort Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor zu hoch sind, ein Schutz vor Abwanderung durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung (Carbon-Leakage-Schutz) notwendig ist und die schleichende Deindustrialisierung längst begonnen hat.

Darüber hinaus fordert die Allianz die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs bei Gas. Sein Wegfall belastet prozesswärmeintensive Unternehmen zehnfach stärker, als die Absenkung der Stromsteuer im Wachstumspaket der Ampel-Regierung entlastet. Darunter fallen etwa Ölmühlen, die Stärkeindustrie, die Kakao verarbeitende Industrie, Hersteller von Cerealien, Backwaren und Speiseeis, Mälzereien und Hefeproduzenten. Bereits im Oktober letzten Jahres forderten die Bundesländer auch die Bundesregierung hierzu auf.

## Hintergrund

In der Ernährungsindustrie erwirtschaften rund 6.000 Betriebe einen jährlichen Umsatz von 218 Mrd. Euro. Mit über 636.000 Beschäftigten ist diese Branche der viertgrößte Industriezweig Deutschlands. Dabei ist die Branche klein- und mittelständisch geprägt: 90 Prozent der Unternehmen gehören dem Mittelstand an. Die Exportquote von 35 Prozent zeigt, dass Kunden auf der ganzen Welt die Qualität deutscher Lebensmittel schätzen.

### Die folgenden Verbände zeichnen diese Pressemeldung mit:

- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)
- Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)
- Deutscher Mälzerbund e. V. (dmb)
- Deutscher Verband der Hefeindustrie e. V.
- OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.
- Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e. V.

### Pressekontakt OVID

Maik Heunsch

Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin

Tel: +49 (0)30 / 72 62 59 - 57

[presse@ovid-verband.de](mailto:presse@ovid-verband.de)